

Berliner Tageblatt



und Handels-Zeitung

Nr. 330

Chefredakteur Theodor Wolff in Berlin.

Sonnabend, 14. Juli 1923

Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Pulverfabrik explodiert.

Zahlreiche Tote, viele Verletzte.

WCRZBURG, 14. Juli. (W. T. B.)

In der Pulverfabrik Hasloch bei Wertheim ereignete sich heute vormittag um 11¼ Uhr eine Explosion, von der das alte Fabrikgebäude betroffen wurde.

Die Explosion ereignete sich in den Trockenräumen der Fabrik, in denen das Pulver zur Trocknung eingebläut wird. Eine grosse Anzahl von Fabrikgebäuden sowie das Maschinenhaus wurden zum Teil zerstört. Im weiten Umkreis wurden durch den gewaltigen Luftdruck

die Fensterscheiben zertrümmert. Die Feuerwehren der Umgebung sind sofort an die Unfallstelle geeilt, um die unter den Trümmern begrabenen Arbeiter zu bergen und das Feuer, das an der Unglücksstätte ausgebrochen ist, einzudämmen.

Bis jetzt sind vier Tote, acht Schwer- und sechzehn Leichtverletzte geborgen worden. Zurzeit der Explosion betrug die Belegschaft etwa 130 Mann und man befürchtet, dass noch weitere Opfer unter den Trümmern liegen.

Chamberlain gegen Tanaka.

„England erkennt besondere Interessen Japans in der Mandchurei nicht an.“ — Chinas Demobilisierung.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

○ LONDON, 14. Juli.

Auf eine schriftliche Unterhausanfrage wegen der Rechte Japans in der Mandchurei ertheilte gestern Chamberlain folgende schriftliche Antwort: „Die britische Regierung betrachtet die Mandchurei als einen Teil Chinas. Sie erkennt besondere Interessen Japans in der Mandchurei nicht an, ausgenommen diejenigen, auf die es kraft etwaiger Verträge Anspruch erheben kann, und diejenigen, auf die Baron Schidehara am 4. Februar 1922 in seiner Erklärung auf der Washingtoner Konferenz Bezug nahm.“ Chamberlain verneinte die Frage, dass irgendein anderer Unterzeichner des Neun-Mächte-Abkommens erklärt habe, er erkenne besondere Rechte und Sonderinteressen Japans in der Mandchurei nicht an.

Die vier Befehlshaber der nationalistischen Armeen, Tsiangkai-scheck, Feng, Li und Jen, haben einen Bericht zur

Reorganisation der Streitkräfte ausgearbeitet. Der Plan empfiehlt die Bildung von 50 oder 60 Divisionen. Die einzelnen Abteilungen sollen aus Truppenkörpern der verschiedenen Provinzen gebildet werden, um den Divisionen so ihren provinziellen Charakter zu nehmen und dadurch in Zukunft Streitigkeiten zwischen den einzelnen Generälen zu vermeiden. Alle Divisionen sollen unmittelbar dem Befehl der Zentralregierung unterstehen. Ausserdem ist vorgesehen die Bildung einer 200 000 Mann starken Gendarmerie, einer Wasserpolizei zur Überwachung der grossen Ströme und besonderer provinzieller Polizeistreitkräfte. Die restlichen Armeeteile werden im Laufe von mehreren Monaten in Arbeitskommandos umwandeln, die beim Bau von Wegen und Eisenbahnstrecken Verwendung finden oder aber als Bauern eingesetzt werden sollen. Die Durchführung dieser Vorschläge, für die sich die vier nationalistischen Militärgewaltigen einmütig einsetzen, würde eine Reduzierung der Streitkräfte von gegenwärtig etwa 2 Millionen auf 500 000 Mann zur Folge haben. Es fragt sich nur, ob der grosszügige Plan durchführbar sein wird, da die vier Generäle sich mit der finanziellen Seite nicht befasst haben.

Nach den ersten Kämpfen.

Das Kabinett, seine Freunde und seine Gegner.

Von
Dr. Karl Eugen Müller.

Noch ehe die kurze Sommertagung des neuen Reichstags ganz zu Ende war und ihr Ergebnis sich übersehen liess, hat Herr Dr. Scholz, der Fraktionsvorsitzende der Deutschen Volkspartei, in einem Interview mit dem Vertreter eines Münchener Blattes seinem Missvergnügen an den ersten Früchten der neuen Koalitionspolitik Ausdruck gegeben. In jenem Münchener Zeitungsunternehmen, das nach der völligen Preisgabe seiner früheren liberalen Tradition sich ein paar Jahre lang vornehmlich für Tirpitz und seine Partei begeisterte, dazwischen auch für Adolf Hitler weitgehendes Verständnis aufbrachte, ohne dabei Herrn Held und die Bayerische Volkspartei ganz zu vernachlässigen, um schliesslich, als Stresemann in Südbayern kandidierte, sich plötzlich zu ihm zu bekehren — in jenem Münchener Blatt wurde die Klage des Herrn Dr. Scholz, dass die ersten Versuche zu gemeinsamer Arbeit im Rahmen der Grossen Koalition bereits „die ersten Enttäuschungen“ gebracht hätten, bereitwillig auf und — ernst genommen. Scholz glaubt darüber Bescheidere führen zu müssen, dass die Steuersenkungsaktion nur dem Agitationsbedürfnis der Sozialdemokratie entsprungen sei und die Gerechtigkeit nach beiden Seiten vermissen lasse; er betont, dass alle Vorbehalte, die er in seiner Rede zur Regierungserklärung erhoben habe, heute noch durchaus zu Recht beständen und dass seine Fraktion nicht daran denke, von der Forderung des Panzerkreuzers abzusehen. Vor allem aber — und darauf lag ja wohl der stärkste Ton — hält seine Fraktion an ihrer Forderung nach Umbildung des preussischen Kabinetts im Frühherbst fest.

So müsste man also, wenn diese Meinungsäusserung des Herrn Dr. Scholz in der Tat massgebend wäre, der Grossen Koalition und ihrem derzeitigen Kabinett ein schlimmes Horoskop stellen? Nun, in Ruhe betrachtet, sehen die Dinge doch vielleicht ein wenig anders aus. In einem hat Herr Dr. Scholz recht: die Bilanz dieser Sommertagung ist nicht durchweg erfreulich. Von den drei wichtigsten Aufgaben, die ihr gestellt waren, ist eine ganz unerledigt geblieben: die Einführung des Nationalfeiertags am 11. August. Vergabens hat Severing, nicht als Anwalt einer Regierungsvorlage, sondern nur als Mittler zwischen Reichsrat und Reichstag, sich mit einer warmherzigen Verteidigung der Reichsratsvorlage, deren massvoller Ton sogar die widerwillige Anerkennung der Rechtspresse fand, als Verfassungsminister vor dem Reichstag eingeführt. Da es die Deutsche Volkspartei noch nicht über sich gewinnen konnte, der republikanischen Verfassung, mit der sie sich nur zögernd im Lauf der Jahre ausgesöhnt hatte, Achtung genug zu zollen, um ihren Entstehungstag zum Feiertag des Volkes zu machen, da auch ein zweites Glied der heutigen „losen“ Koalition, die Bayerische Volkspartei, sich aus ähnlichen Motiven ablehnend verhielt, da auch die beiden Extreme auf der Rechten und Linken sich wieder in ihrer Feindschaft gegen das demokratische Staatswesen zusammenfanden, mussten die unbedingt verfassungstreuen Parteien sich schliesslich damit abfinden, dass das Gesetz vorerst aus der Versenkung in den Ausschuss nicht wieder auftaucht. Das mag man bedauern — von entscheidendem Einfluss auf die Entwicklung der Koalition ist es jedenfalls nicht. Auch dass die beiden anderen gesetzgeberischen Massnahmen, die in dieser Sommertagung erledigt wurden, die Regierungsparteien nicht in voller Harmonie fanden, ist wohl ein Schönheitsfehler — aber nicht mehr. Die Amnestie, für die sich schliesslich eine Mehrheit von Westarp bis Höllein fand, „musste gerade bei einer der Koalitionsparteien auf Gegnerschaft stossen: die Eifersucht, mit der Bayern über die wirklichen oder vermeintlichen Zuständigkeiten der Länder wacht, liess die Bayerische Volkspartei nicht zur Billigung des theoretisch auch von ihr gutgeheissenen Gnadenaktes kommen. Die Entscheidung über die Steuersenkung endlich hing nur von dem Zufall ab, dass eine Gruppe der gehässigsten Gegner der Regierung, die der Nationalsozialisten, ihr zu Hilfe kam, während zwei Parteien der losen Koalition, die Deutsche und die Bayerische Volkspartei, in der Opposition verblieben. Das alles sind, darin wird man mit dem Urteil des Herrn Dr. Scholz übereinstimmen, unerfreuliche Nebenerscheinungen der bisherigen Koalitionspolitik — aber dass sie als richtungweisend für das künftige Schicksal des Kabinetts gelten könnten, wird kein Unbefangener behaupten können.

Aus den unnötigen und unglücklichen Verwicklungen, unter denen das Kabinett Hermann Müller zustande kam, sind Verstimmungen zurückgeblieben, die sich unter den

Die Antworten an Kellogg

(Telegramme unserer Korrespondenten)

○ LONDON, 14. Juli.

Wie ich von gutunterrichteter Seite erfahre, ist die englische Antwort an Kellogg bereits seit ein paar Tagen fertiggestellt und auch von dem Kabinett schon geprüft und gebilligt worden. Die Verzögerung in der Überreichung ist lediglich darauf zurückzuführen, dass die Antworten der Dominien und der indischen Regierung in London noch nicht vorliegen. Sobald sie ein-

getroffen sind, wird die englische Antwort in Washington übergeben werden, was, wie bereits früher angedeutet, im Laufe der nächsten Woche der Fall sein dürfte.

○ PARIS, 14. Juli.

Die französische Antwort an Kellogg wird, wie der „Temps“ mittelt, heute dem amerikanischen Botschafter in Paris überreicht werden. Die Veröffentlichung des Wortlautes der Note soll am Montag erfolgen.

Die Entlassung der Begnadigten.

Durchführung binnen 14 Tagen.

Der preussische Justizminister hat noch gestern Anweisungen zur Durchführung der Amnestie an die Strafvollstreckungs- und Strafverfolgungsbehörden, also an Gefängnisleitungen und Staatsanwaltschaften, hinausgeschickt. Der Grundgedanke der preussischen Ausführungsbestimmungen ist, mit möglicher Beschleunigung die Amnestie den Gefangenen zugute kommen zu lassen. In Fällen, die ganz klar liegen, sollen die Gefängnisdirektionen zunächst Strafunterbrechung eintreten lassen, da die über die Amnestierung selbst nicht entscheiden können. Die Entscheidung ist den Staatsanwaltschaften vorbehalten, die auch die Strafkarten haben. Dank der Möglichkeit dieser Gefangenenerleichterung werden eine grosse Reihe politischer Gefangener bereits vor dem formellen Inkrafttreten des Amnestiegesetzes am Dienstag die Zuchthäuser und Gefängnisse verlassen können. Im ganzen Reich dürfte die Durchführung der Amnestie formell in etwa vierzehn Tagen abgeschlossen sein. Durch die

erwähnte Einschlebung der Strafunterbrechung wird aber die Amnestie tatsächlich in einem viel beschleunigtem Tempo durchgeführt sein.

Reichsjustizminister Koch-Weser hat an die Landesregierungen einen Erlass gerichtet, in dem von der Entschliessung des Reichstags Mitteilung gemacht wird, wonach möglichst auch alle jene Delikte von den Landesregierungen amnestiert werden, die in den Krisenjahre nach dem Kriege aus sozialer Not begangen worden sind. Man darf annehmen, dass insbesondere das preussische Justizministerium, das schon lange vorher viele Einzelbegnadigungen in solchen Fällen ausgesprochen hat, der Entschliessung des Reichstags eine weitherzige Auslegung geben wird, besonders, da die Reichsamnestie und wegen der Unmöglichkeit einer allgemeinen Regelung nicht mitumfasst. Bemerkenswert ist auch, dass die politischen Gefangenen, deren Zuchthausstrafe in Gefängnis umgewandelt wird, möglichst schnell die Vorteile dieser umgewandelten Strafe zukommen soll. Der deutschnationale Antrag, auf die Länder in dem Sinne einzuwirken, dass sie auch die Fememörder über die Reichsamnestie hinaus begnadigen, ist übrigens nicht angenommen, sondern abgelehnt worden.